

Bürgerentscheid zum Lachwald kommt

In der Gemeinderatssitzung am vergangenen Donnerstag ging es nicht um Sinn oder Unsinn der Schaffung von Wohnraum in einem Teilbereich des Büchiger Lachwalds. Es ging einzig und allein darum zu entscheiden, ob mit dem Bürgerbegehren die erforderlichen Kriterien für einen Bürgerentscheid gegeben sind.

Die Kriterien waren bis auf eine Ausnahme erfüllt. Der sogenannte „durchführbare Kostendeckungsvorschlag“ wurde unseres Erachtens schlecht vorbereitet und ist definitiv so nicht „durchführbar“. Gemeint ist hiermit zum einen die Idee, die Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Karlsruhe anzuheben, aber auch der Vorschlag einfach mal eine bessere Steuerschätzung zu verwenden. Auch wenn die Initiatoren ständig wiederholen „Wir haben nur einen Vorschlag gemacht – der Gemeinderat muss sich ja nicht daran halten“. Das ist zwar formal richtig, aber es geht bei dieser Frage darum, ob der Kostendeckungsvorschlag durchführbar ist oder nicht. Aus unserer Sicht und nach Expertenmeinung ist er nicht durchführbar. So gesehen wären wir problemlos in der Lage gewesen, einen Bürgerentscheid in dieser Sache abzulehnen.

Aber darum ging es uns nicht. Wir haben uns in der Fraktion die Frage gestellt, ob die Bürgerinnen und Bürger auch für das Begehren unterschrieben hätten, wenn der Deckungsvorschlag seriös erarbeitet worden wäre (z. B. mit konkreten Einsparmaßnahmen). Es ist davon auszugehen, dass das der Fall gewesen wäre.

Daher wollten wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht im Wege stehen. Wir waren der Auffassung, dass es zum Bürgerentscheid kommen soll und haben der Vorlage der Verwaltung vollumfänglich zugestimmt. Dann liegt die künftige Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum nun in der Hand der Bürgerinnen und Bürger.

- die Bürgerinnen und Bürger müssen dann darüber entscheiden, ob es eine spürbare Entlastung auf dem Wohnungsmarkt geben wird (insbesondere im Bereich des bezahlbaren Wohnraums)
- die Bürgerinnen und Bürger müssen sich bei der Abstimmung entscheiden, ob auch ihre Kinder, Enkel und Ur-Enkel sich künftig eine Wohnung in Stutensee leisten können
- die Bürgerinnen und Bürger müssen darüber entscheiden, ob mit zusätzlichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen, die über die gesetzliche Mindestanforderung hinausgehen, ein höherer ökologischer Mehrwert geschaffen werden soll, als er heute vorhanden ist.

Mit großem Interesse haben wir in der vergangenen Woche zur Kenntnis genommen, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens der Stadt einen Kompromissvorschlag im Lachwald unterbreitet haben. Dieser Vorschlag kam im laufenden Verfahren natürlich etwas spät, aber bezüglich der Ausführung waren wir immer Gesprächsbereit und werden das auch in Zukunft sein. In ähnlich gelagerten Fällen haben Kompromisse schon häufig Vorteile für alle Seiten gebracht.

Ansgar Mayr

Fraktionsvorsitzender